



**INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR**

BÜLTEN BULLETIN

MONATLICHES INFORMATIONSLATT
Verleger: COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel: 00-32-2- 230 34 72 BELGIEN

3. Jg. - Februar 1979

Deutsche Ausgabe Nr. 4

Preis : 1,50 DM

Jahresabonnement : 15,00 DM

Nachdruck von Artikeln unter
Quellengabe INFO-TÜRK erlaubt

KRIEGSRECHT IN DER TÜRKEI:

Scharfes Vorgehen gegen die Linke - Rechtsopposition ruft zum Sturz der Regierung an

ANKARA (ITA) - Da die türkische Regierung die politischen Gewaltverbrechen im Lande während der auf zwei Monate begrenzten Zeit des Kriegsrechts nicht unter Kontrolle bringen konnte, hat sie das Parlament gebeten, den Ausnahmezustand um weitere zwei Monate zu verlängern.

Das Kriegsrecht war ursprünglich Ende Dezember 1978 für zwei Monate über dreizehn der siebenundsechzig Provinzen des Landes verhängt worden. Es folgte den blutigen Ereignissen in der südöstlichen Stadt Kahramanmaras, die 107 Todesopfer forderten.

Die Verlängerung des Kriegsrechts geschieht zu einem Zeitpunkt, da die rechte Opposition zu einem "Nationalen Kampf" aufruft, "um die gegenwärtige Regierung Ecevit zu stürzen". Tatsächlich sind erst kürzlich wieder Gewalttaten von der rechten Opposition provoziert worden mit dem Ziel, die für das Kriegsrecht Verantwortlichen zu härteren Maßnahmen und zur Aufgabe der vom Premierminister geforderten Nichteinmischung des Militärs in zivile Angelegenheiten zu treiben.

Premierminister Ecevit hatte nämlich nach der Proklamierung des Kriegsrechts ein Kriegsrechtskoordinierungskommando im Premierministerium eingesetzt, mit dem die Maßnahmen des Militärs politisch kontrolliert werden sollten. Er hatte sich klar gegen jede restriktive Maßnahme ausgesprochen.

Um dieses Vorhaben Ecevits zu hintertreiben, verstärkte die rechte Opposition den politischen Terror, wobei die "Grauen Wölfe", die paramilitärischen Einheiten der faschistischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP) eine besonders aktive Rolle spielten.

So fiel am 1. Februar einer der bedeutendsten türkischen Journalisten, Abdi İpek dem politischen Terror zum Opfer.

Nach diesem Attentat appellierte Premierminister Ecevit an alle politischen Organisationen, zur Überwindung der politischen Spannungen im Lande beizutragen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident erklärte: "Um einen wirksamen Kampf gegen den Terrorismus führen zu können, bedarf es der Zusammenarbeit und der Übereinstimmung in Grundsatzfragen. Jede Provokation muß vermieden werden, um die politischen Spannungen zu mildern." Ecevit wiederholte seine Ansicht, das einzige Ziel aller Terroristen,...

welche politischen Beweggründe sie auch immer haben mögen, sei, die demokratische Regierungsform in der Türkei zu zerstören. Der neue Innenminister, Hasan Fehmi Günes, ging einen Schritt weiter und sagte, der vernünftigste Weg zur Bekämpfung der Terroristen sei es, sie zu vernichten, während sie sich noch organisieren. Er fügte hinzu: "Zertretet den Kopf der Schlange, bevor sie anfängt zu wachsen."

Als einen weiteren Schritt legte die Regierung dem Parlament den zweiten Teil des Maßnahmenpakets zur Bekämpfung der politischen Gewalt in der Türkei vor. Das Paket sieht gewisse Gesetzesänderungen im Vereinigungs-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht vor.

Um diese neuen Maßnahmen sowie andere Gesetzesvorlagen zum Steuerrecht und Sozialleistungen zu verabschieden, führte die Nationalversammlung eine Reihe von Marathon-sitzungen durch. Doch trotz einer absoluten Mehrheit regierungsfreundlicher Abgeordneter im Parlament konnte die rechte Opposition, angeführt von der Gerechtigkeitspartei (AP), mit einer Obstruktionspolitik verhindern, daß alle Regierungsvorlagen im Februar verabschiedet würden.

Die Opposition versuchte auf verschiedene Weise, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und ein rechtsgerichtetes autoritäres Regime im Lande zu errichten:

1. Innerhalb eines Monats stellten die Oppositionsparteien 38 Tadelanträge, um die Regierung auf parlamentarischem Wege zu stürzen; ohne Erfolg.
2. Danach begann die Opposition eine Obstruktionstaktik während der Parlamentsdebatten, um die Regierung zu entmutigen und zum Rücktritt zu zwingen. Aber die Regierung ließ keinen Zweifel daran, daß sie trotz aller Obstruktionen entschlossen ist, ihr langfristiges Programm zu verwirklichen. Ecevit beschuldigte die Opposition, sie versuche den Eindruck zu erwecken, die Regierung sei im Begriff zu stürzen. Er sagte: "Die Opposition hofft jetzt, nachdem es ihr nicht gelungen ist, uns mit Tadelanträgen zu Fall zu bringen, daß die Regierung an den Problemen der Türkei verzweifelt und zurücktritt. Aber wir werden weder zurücktreten noch verzweifeln. Die Regierung ist stark genug."

3. Nachdem die Gerechtigkeitspartei schließlich die Hoffnung auf einen Sturz der Regierung durch das Parlament aufgegeben hatte, rief sie die Bevölkerung auf, sich an einem "Nationalen Kampf" zu beteiligen, um die Regierung zu stürzen.

Regierungskreise bewerten diesen Aufruf als eine Anstiftung zum Bürgerkrieg.

Obwohl die Kriegsrechtsexekutive theoretisch der Kontrolle der Regierung untersteht, richten sich ihre Maßnahmen ausschließlich gegen fortschrittliche Organisationen und Publikationen, anstatt die rechtsgerichteten Organisationen zu verfolgen, die die blutigen Ereignisse ausgelöst haben und jetzt sogar zum Bürgerkrieg aufrufen.

Die im Folgenden angeführten Beispiele geben ein klares Bild von den Maßnahmen der Kriegsrechtskommandos:

18. Jan.: Das Kriegsrechtskommando in Adana verbietet die Herausgabe und den Vertrieb von vier linksgerichteten Zeitschriften: Devrimci Yol, Devrimci Halk Birliđi, Halkin Kurtuluđu und Kurtuluđu.

19. Jan.: Das Kriegsrechtskommando in den Provinzen Erzincan und Sivas verbietet den Vertrieb von sechs linksgerichteten Zeitschriften: Halkin Kurtuluđu, Devrimci Halkin Yolu, Kurtuluđu, Devrimci Yol, Partizan und Devrimci Halkin Birliđi.

In Islahiye werden acht Studenten von den Kriegsrechtsbehörden verhaftet, weil sie die Parole "Nieder mit dem Faschismus" an eine Wand geschrieben haben.

In Gaziantep werden 40 Mitglieder der Vereinigung Junger Arbeiter von den Kriegsrechtsbehörden festgenommen.

In Ankara wird Mehmet Yazicioglu, der Herausgeber der linksgerichteten Zeitschrift Devrimci Yol, von den Kriegsrechtsbehörden in Gewahrsam genommen.

22. Jan.: In Adana und Siverek schließen die Kriegsrechtsbehörden drei fortschrittliche Organisationen: Die Solidaritätsvereinigung von Arbeitern und Bauern von Siverek, den Arbeitervolksverein und die Dumlupinar-Volkskulturvereinigung von Adana.

Desweiteren verbieten die Militärbehörden in Adana die Herausgabe und den Vertrieb von vier fortschrittlichen Zeitschriften: Devrimci Halkin Yolu, Kawa, Roja Welat und Rizgari.

23. Jan.: Die Kriegsrechtsbehörde der Provinz Ankara verbietet die Herausgabe und den Vertrieb von neun fortschrittlichen Zeitschriften: Devrimci Yol, Kurtuluş, Devrimci Halkın Yolu, Devrimci Halkın Birliği, Roja Welat, Kawa, Rizgari, Urün und Halkın Kurtuluşu.
In Gaziantep werden die Aktivitäten aller politischen Parteien und Vereinigungen der Provinz unter die Kontrolle der Kriegsrechtsbehörde gestellt.
29. Jan.: Die Kriegsrechtskommandos von Ankara und Istanbul schließen vier Polizeivereinigungen: Pol-Der, Pol-Bir, Pol-Ens und Tem-Der.
Das Kriegsrechtsgericht der Provinz Ankara verurteilt ein Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (TSIP), Mehmet Karadağ, zu zehn Monaten Gefängnis, weil er ein Parteiplakat öffentlich ausgehängt hat.
30. Jan.: In Ankara macht das Militär eine Razzia im Institut des öffentlichen Dienstes im Nahen Osten und verhaftet vier fortschrittliche Mitglieder seines Bildungsausschusses: Meral Tecer, Hasan Sami Güven, Birkan Uysal und Dr. Gencan Saylan.
Das Kriegsrechtskommando in Istanbul verbietet die Herausgabe und den Vertrieb einiger fortschrittlicher Zeitschriften wie z.B. Urün, Savaş Yolu, Partizan, Bora, İlerici Yurtsever Gençlik, Halkın Birliği, Halkın Yolu, Sürekli Devrim, Bağımsız Türkiye, Dev Genc, Liseli Gençlik u.a.
8. Feb.: Das Kriegsrechtskommando der Provinz Istanbul verhaftet Ahmet Görel, einen Delegierten des Gewerkschaftskongresses der Textilarbeitergewerkschaft, weil er auf dem Kongreß einen Antrag gestellt hatte, der die Praktiken des Kriegsrechts kritisierte.
12. Feb.: Der bekannte Schauspieler Müjdat Gezen wird von den Kriegsrechtsbehörden in Gewahrsam genommen, weil er Kriegsrechtsanordnungen verletzt haben soll.
In Ankara werden fünf Mitglieder der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) von den Kriegsrechtsbehörden verhaftet, weil sie ein Exemplar des wöchentlich erscheinenden Parteiorgans Yürüyüş bei sich tragen.
14. Feb.: Das Kriegsrechtskommando der Provinz Ankara verbietet die Herstellung und den Vertrieb von 22 fortschrittlichen Zeitschriften: Genc Arkadas, Kon. Devrimci Gençlik, Dev-Genc, İlerici Yurtsever Gençlik, Liseli Gençlik, Partizan, Halkın Birliği, Halkın Yolu, Bora, Sürekli Devrim, Bağımsız Türkiye, Genc Öncü, Genc Sosyalist, Devrimci Demokratik Gençlik, Genc İşçi, Kitle, Güney, Devrimci Militan, Devrimci Proletarya, Savaş Yolu. Der verantwortliche Herausgeber der kurdischen Zeitschrift Kawa, Remzi Özgener, wird in Diyarbakir von den Kriegsrechtsbehörden verhaftet.

(C-M-DN-H-DG-16/2)

POLITISCHE GEWALT RICHTET SICH AUCH GEGEN LIBERALE

ANKARA - (ITA) - Seit der Verhängung des Kriegsrechts Ende 1978 ist zwar die Zahl der Todesopfer bei politischen Gewalttaten beträchtlich gesunken, doch die politischen Morde gehen weiter, besonders in Gebieten, die nicht unter Kriegsrecht stehen und - trotz des Ausnahmezustandes - in den großen städtischen Zentren Istanbul und Ankara.

Im letzten Monat forderte der politische Terror 58 Todesopfer, darunter der Chefredakteur einer Tageszeitung, ein Staatsanwalt, ein Polizeichef und ein ehemaliger General.

Am 1. Februar 1979 wurde Abdi İpekci, der Chefredakteur der großen Tageszeitung Milliyet und einer der führenden türkischen Kolumnisten, von unbekanntem Terroristen ermordet. Als İpekci mit seinem Wagen vor einer Ampel in der Nähe seines Hauses im Prominentenstadtteil Macka zum Stehen kam, erschien plötzlich der unbekannte Täter vor seinem Fahrzeug und eröffnete das Feuer aus einer Pistole, während überraschte Passanten sich in Deckung bringen konnten. İpekci galt als ein Verteidiger einer pluralistischen Demokratie und als politischer Kommentator, der stets für Ausgewogenheit im politischen Leben der Türkei eingetreten ist.

Es wird deutlich, daß die für dieses Attentat Verantwortlichen an einer Verstärkung der Atmosphäre politischer Gewalt interessiert sind, um die Kriegsrechtsbehörden dazu zu bringen, noch repressivere Maßnahmen gegen die demokratischen Kräfte zu unternehmen und die Position der gegenwärtigen Regierung weiter zu schwächen. Premierminister Ecevit sagte dazu: "Dieser vorsätzliche Mord an Ipekci, einem Journalisten mit großem Ansehen im In- und Ausland, zielt auf die Zerstörung der türkischen Glaubwürdigkeit und unserer Demokratie."

Während die Sicherheitskräfte eine Fahndung in der gesamten Türkei durchführen, setzte die Tageszeitung Milliyet für Hinweise, die zur Verhaftung des Mörders führen, eine Belohnung von 1 Million Türkische Lira aus. Dies wird noch vom Verband der türkischen Zeitungsverleger überboten, der eine Summe von 5 Millionen Lira für Hinweise, die zur Verhaftung des Attentäters führen, aussetzte.

Gleichgültig, ob der Mörder gefaßt wird oder nicht, kennzeichnet dieses Attentat eine neue Phase der politischen Gewalt in der Türkei, indem es in der Öffentlichkeit zu einem verstärkten Gefühl der Unsicherheit selbst unter denjenigen, die sich nicht politisch engagieren, beiträgt. Eine solche Atmosphäre erleichtert den obskuren Kräften im Lande die Durchsetzung ihres berüchtigten Vorhabens: Sie wollen den Eindruck erwecken, daß die gegenwärtige Regierung nicht mehr in der Lage ist, die "Anarchie" zu bekämpfen und daß die verfassungsmäßige Regierung durch ein autoritäres Regime ersetzt werden muß.

Wenige Tage zuvor, am 30. Januar 1979, wurde in Tasova (Zentralanatolien) der Staatsanwalt Ismail Deger ein Opfer dieser Eskalation des Terrors. Kurz bevor der Staatsanwalt an seinen Verletzungen starb, sagte er noch aus, daß ein Rechtsgerichteter auf ihn geschossen habe.

Es ist bezeichnend, daß der Erste Sekretär der Amerikanischen Botschaft, Robert Alexander Peck, diese Stadt wenige Tage vor diesen blutigen Ereignissen besucht hatte und mit verschiedenen Personen wegen politischer Angelegenheiten in Kontakt getreten war.

Am 1. Februar 1979 wurde der ehemalige General Cemal Madanoglu, ein Mitglied der Junta, die 1960 die Regierung Menderes gestürzt hatte, und gegenwärtig Mitglied des türkischen Senats, von unbekanntenen Personen bedroht. Daraufhin ordnete die Polizei strengste Sicherheitsmaßnahmen an seinem Wohnsitz in Istanbul an.

Am 6. Februar 1979 wurde der ehemalige Polizeichef Ilgiz Aykutlu von unbekanntenen Personen in Istanbul unmittelbar vor seinem Wohnhaus erschossen. Aykutlu war einer der Hauptverantwortlichen für Folterungen in den Jahren der Militärherrschaft 1971-1973. Nachdem er aus dem Polizeidienst entlassen worden war, hatte er die Genehmigung zur Ausübung des Berufes eines Rechtsanwaltes beantragt, die ihm jedoch von der Anwaltskammer verweigert wurde.

Der Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Dr. Nihat Sargin, setzte den Innenminister davon in Kenntnis, daß der Parteivorsitzende des Distrikts Elazig Necati Demirel seit der Vorladung zu einem Verhör durch die Kriegsrechtsbehörden verschwunden ist.

Zusammen mit den politischen Morden des letzten Monats beträgt die Zahl der Opfer politischer Gewalttaten in der 13-monatigen Regierungszeit Ecevits nunmehr 1036.

Im Folgenden veröffentlichen wir die Liste der 58 politischen Attentate des letzten Monats:

- 18. Jan.: Der Angestellte der Türkischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft Izzet Hacı Alioglu (Diyarbakir), das Mitglied der Nationalen Heilspartei Mehmet Baldöktü (Kayseri), der rechte Student Ahmet Cakir (Trabzon).
- 19. Jan.: Ibrahim Kaya (Aydin), der Wachmann Bahaattin Ayber und Mehmet Tekin (Istanbul).
- 20. Jan.: Der linke Student Fatih Yücesoy (Adana), der Arbeiter Recep Altiparmak (Batman).
- 21. Jan.: Der Linke Ayhan Aksoy (Istanbul).
- 22. Jan.: Der Ingenieur Ibrahim Özer (Mardin).
- 23. Jan.: Die linken Lehrer Hasan Cakmak (Tunceli) und Mahmut Dincer (Mardin), der rechte Maler Murat Yalim (Adana), der Bankkaufmann Kemal Yanik (Mersin), der Student Ümit Özdemir (Istanbul).

24. Jan.: Der linke Rechtsanwalt Abdül Nebioglu (Kilis), eine unbekannte Person (Adana).
25. Jan.: Ahmet Bozkurt (Istanbul).
26. Jan.: Der Student Malit Suna (Diyarbakir), der Arbeiter Altay Kiziltas (Istanbul), Ismet Bodur (Ankara).
27. Jan.: Der ehemalige Graue Wolf Osman Ugur Özaydin (Usak), der rechte Angestellte Muharrem Sabutay (Cannakkale), Mecit Kartal (Gaziantep).
28. Jan.: Der Monteur Nedim Keskiner (Adana).
29. Jan.: Osman Andin (Maras), Ihsan Ruhi Dayi (Balikesir), Davut Durak (Amasya).
30. Jan.: Der Feldwebel Sacit Sulubulut (Kilis), der Staatsanwalt Ismail Deger Inal (Tasova), Cumali Yakar (Adana), der Hochschuldirektor Süleyman Yanmaz (Manisa), der rechte Arbeiter Selahattin Kocak (Istanbul), der ehemalige Graue Wolf Mehmet Kiyak (Eskisehir), der Lehrer Halis Demir (Giresun).
31. Jan.: Der Ladenbesitzer Sevkett Özcanlar, Bedri Özdemir und der Student Yildiz Yazgülü (Istanbul), Kerep Sari (Corum).
1. Feb.: Der Chefredakteur der Tageszeitung Milliyet Abdi Ipekci (Istanbul).
3. Feb.: Der Wachmann Ali Papagan, der Café-Besitzer Ismail Aydin und der Bauer Adem Güneysu (Ordu), der linke Techniker Hüseyin Acikgenc (Bolu).
5. Feb.: Necip Kartalli (Gaziantep).
6. Feb.: Der ehemalige Polizeichef Ilgiz Aykutlu, ein unbekannter Mann und eine unbekannte Frau (Istanbul).
7. Feb.: Der Graue Wolf Ali Cetiner (Gaziantep), der Friseur Hasan Ilikoba (Adana), Mahmut Demir (Diyarbakir), Niyazi Ata (Trabzon).
10. Feb.: Der Arbeiter Abdullah Izci (Kayseri).
12. Feb.: Der Rechte Mustafa Atesucagi (Nizip), der Polizist Ahmet Kaya (Samsun), der ehemalige Graue Wolf Levent Özcan und die sechzigjährige Hausfrau Emine Ören (Istanbul).
14. Feb.: Der linke Student Metin Inan (Of), der Graue Wolf Mustafa Dursun und der Oberschüler Fahri Basaran (Samsun).

(C-M-DN-H-16/2)

ARTIKEL 142 VOR DEM VERFASSUNGSGERICHT

ISTANBUL (ITA) - Ein Artikel des Türkischen Strafrechts, der die Rede- und Organisationsfreiheit von Sozialisten in der Türkei beeinträchtigt, wird vom Verfassungsgerichtshof überprüft.

Der Artikel 142 des Türkischen Strafgesetzbuches hat folgenden Wortlaut:

"Wer schuldig befunden wird, Propaganda zu betreiben für die Errichtung einer sozialen Klasse über eine andere oder für die Ausrottung einer sozialen Klasse oder für den Sturz der grundlegenden Wirtschafts- und Sozialordnung dieses Landes oder der gesamten politischen und rechtlichen Ordnung des Staates, soll mit Gefängnis zwischen fünf und zehn Jahren bestraft werden. Werden die o.g. Delikte mit Hilfe von Publikationen verübt, so erhöht sich die Strafe noch einmal um die Hälfte."

Im Verlaufe einer Verhandlung gegen einen Herausgeber vor der Zweiten Strafrechtskammer in Istanbul am 26. Januar 1979 beschlossen die Richter, den Fall an das Verfassungsgericht weiterzuleiten mit der Bitte, den Artikel 142 zu überprüfen und ihn aufzuheben.

Zusammen mit dem Artikel 141, der diejenigen bestraft, "die versuchen, eine Vereinigung zu gründen, zu organisieren oder zu leiten, die das Ziel hat, die Vorherrschaft einer sozialen Klasse über eine andere zu errichten", war Artikel 142 aus Mussolinis Strafgesetzbuch im Jahre 1936 übernommen worden.

Die Richter der Zweiten Strafrechtskammer in Istanbul, die gegen den Herausgeber Ahmet Tastan wegen der Veröffentlichung eines Pamphlets mit dem Titel "Das Programm der Kommunistischen Partei der Türkei" verhandelten, begründeten ihre Entscheidung, diese Artikel überprüfen zu lassen, damit, daß die sozialen und politischen Verhältnisse in der Türkei sich seit 1936 entscheidend verändert hätten.

Bereits 1963 hatte die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) beim Verfassungsgericht den Antrag auf Abschaffung dieser beiden Artikel gestellt, aber der Oberste Gerichts-

hof hatte diesen Antrag 1965 mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt und die faschistischen Artikel blieben in Kraft.

Diese Artikel sind nunmehr seit 43 Jahren von den Behörden benutzt worden, um jede soziale Opposition in der Türkei einzuschüchtern oder zu verbieten. Hunderte von Schriftstellern, Herausgebern, Übersetzern, Schauspielern und Malern sind angeklagt und verurteilt worden mit der Begründung, in ihren Publikationen oder Aufführungen den Artikel 142 verletzt zu haben. Die besagten Artikel wurden selbst nach der Bildung der Regierung Ecevit von Staatsanwälten gegen fortschrittliche Personen verwendet, obwohl Ecevit während seines Wahlkampfes die Abschaffung dieser Artikel versprochen hatte.

Neben dem oben erwähnten und anderen Fällen (Vgl. Bulletin vom Oktober 1978) sind in den vergangenen Monaten folgende Fälle vor den Gerichten verhandelt worden:

Am 20. Dezember 1978 wurde der 16-jährige Oberschüler Tuncay Ignak vor die Sechste Strafkammer in Istanbul geladen, weil er die Worte "Kommunistische Türkei" an die Tafel seiner Klasse geschrieben hatte; der Staatsanwalt forderte eine fünfjährige Freiheitsstrafe.

Am 12. Dezember 1978 wurde gegen Nuran Saygili, den Herausgeber der Zeitschrift "Parti Bayragi", wegen Verstoß gegen Artikel 142 verhandelt.

Am gleichen Tag wurde gegen den Herausgeber der Zeitschrift "Devrimci Halkin Yolu", Mehmet Cerik, aus dem gleichen Grunde verhandelt. Er war bereits seit 22 Monaten in Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt forderte für alle Verantwortlichen dieser Zeitschrift eine Gefängnisstrafe von insgesamt 770 Jahren.

Am 29. Dezember 1978 stand Müslim Colak, der Herausgeber der Tageszeitung Isik, wegen Vergehens gegen den gleichen Strafrechtsartikel vor Gericht.

Darüberhinaus werden Journalisten und Künstler von Staatsanwälten auch aufgrund anderer Artikel des Türkischen Strafgesetzbuches verfolgt.

Am 3. Dezember 1978 wurde der bekannte Liedermacher Feyzullah Cinar mit der Begründung verhaftet, er diffamiere in seinen Liedern die Regierung.

Am 14. Dezember 1978 wurde der ehemalige Herausgeber der Tageszeitung "Politika" Isik Yurtcu zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, "weil er den Staatsanwalt beleidigt hat".

Am 15. Dezember 1978 leitete der Staatsanwalt ein Verfahren gegen den bekannten Filmstar Yilmaz Güney ein, weil er in einem Interview mit einem schwedischen Fernseherteam eine Straftat begangen habe. Yilmaz Güney befindet sich bereits wegen einer anderen Verurteilung im Gefängnis.

(Bezüglich der undemokratischen Praktiken der Kriegerrechtsbehörden gegen die Presse und gegen Intellektuelle vgl. den ersten Artikel dieser Ausgabe.)

Sollte das Verfassungsgericht eine Annullierung des Artikels 142 des Türkischen Strafgesetzbuches beschließen, so wird dies ein wichtiger Schritt auf dem Wege einer Demokratisierung des intellektuellen Lebens in der Türkei sein.

(C-DN-DG-18/2)

TEILWAHLEN ZUM SENAT UND ÄNDERUNGEN IM WAHLRECHT

ANKARA (ITA) - Am 14. Oktober 1979 werden Teilwahlen zum Senat stattfinden. Gemäß der Ankündigung des Obersten Wahlausschusses werden bei den Wahlen ein Drittel der Senatsmitglieder neu gewählt.

15 der 184 Senatoren werden vom Präsidenten ernannt und 19 sind Senatoren auf Lebenszeit; sie hatten die militärische Intervention im Jahre 1960 angeführt und die gegenwärtige Verfassung vorbereitet. Die Teilwahlen werden somit nur für ein Drittel von 150, also 50 Senatssitze, abgehalten.

Die im Parlament vertretenen Parteien stimmen im Prinzip darin überein, gewisse Veränderungen des Wahlrechts vorzunehmen. Die wichtigste Neuerung ist die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre. Die Vertreter der Parteien konnten sich jedoch nicht darauf einigen, daß Wahlrecht auch auf die türkischen Arbeiter im Ausland auszuweiten.

Die Wahlrechtsänderungen sehen auch eine gewisse Benachteiligung für politische Parteien, die gegenwärtig nicht im Parlament vertreten sind, vor. Die im Parlament vertretenen Parteien haben vorgesehen, daß zukünftig eine Partei ohne parlamentari-

sche Vertretung nur dann an Wahlen teilnehmen darf, wenn sie in allen Wahlkreisen von mindestens 20 der 67 Provinzen der Türkei antritt. Diese Änderung zielt auf eine Benachteiligung der sozialistischen Parteien bei den kommenden Wahlen.

Die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) hat trotz aller Behinderungen und sogar Attentate (Vgl. die Broschüre "Massaker in Ankara - Warum?", Info-Türk-Agentur, Brüssel 1978) eine erfolgreiche Organisierungskampagne durchgeführt, und sie wird in der Lage sein, bei den kommenden Wahlen als die politische Vertretung der Arbeiterklasse der Türkei anzutreten.

(C-M-DN-DG-18/2)

ZWEITER PARTEITAG DER ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI (TIP)

ISTANBUL (ITA) - Vom 24. bis zum 26 Februar 1979 wird die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) ihren 2. Parteitag in Istanbul abhalten.

Die TIP wurde 1961 gegründet und machte die türkische Bevölkerung seither mit dem wissenschaftlichen Sozialismus vertraut; sie verstärkte das Klassenbewußtsein bei Arbeitern und Bauern. Bei den Parlamentswahlen von 1965 gewann die TIP 15 von 450 Sitzen, und ihre Abgeordneten verteidigten die Interessen der Arbeiterklasse im Parlament. Nach dem Militärputsch von 1971 wurde die TIP verboten und ihre Führer, darunter die Vorsitzende Behice Boran, wurden zu je 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Angesichts des wachsenden Widerstandes der Massen war das Militär jedoch 1973 gezwungen, den Ausnahmezustand zu beenden. Nach den folgenden Parlamentswahlen wurden die Führer der TIP zusammen mit anderen politischen Gefangenen aus der Haft entlassen, so daß sie am 1. Mai 1975 die Neugründung der Arbeiterpartei der Türkei vornehmen konnten.

Die TIP beteiligte sich zusammen mit sieben anderen Parteien an den Parlamentswahlen des Jahres 1977. Sie führte einen Wahlkampf mit sozialistischem Programm, konnte jedoch nicht genug Stimmen gewinnen, um im Parlament vertreten zu sein, weil die Mehrheit der linksgerichteten Wähler ihre Stimme der Republikanischen Volkspartei des gegenwärtigen Premierministers Ecevit gegeben hat, der in seinem Wahlkampf versprochen hatte, die antidemokratischen Praktiken zu beenden und die Türkei aus ihrer Abhängigkeit vom imperialistischen Block zu befreien.

Der 2. Parteitag der TIP findet zu einer Zeit statt, da das Versagen der Politik des Sozialdemokraten Ecevit offen zutage tritt. Große Teile der Bevölkerung halten angesichts der Unfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei, die vitalsten Probleme der Türkei zu lösen, nach einer radikaleren Alternative Ausschau. Als Antwort darauf hat die TIP zu Beginn dieses Jahres zum erstenmal in der Geschichte der Türkei einen Aktionsplan vorgelegt. Unter dem Titel "Programm für eine Demokratisierung 1978-1982" beschreibt die TIP auf 800 Seiten die wirtschaftliche Grundlage für politische und soziale Demokratisierung und zeigt Lösungswege für die Probleme der Türkei auf, die auch von einer sozialdemokratischen Regierung verwirklicht werden können.

Ein anderer wichtiger Aspekt dieses Parteitags besteht darin, daß neue Parteigliederungen, die im Laufe des letzten Jahres gegründet worden sind, auf dem Kongress vertreten sein werden. Der Parteitag wird somit den gestiegenen Organisationsgrad der Partei verdeutlichen. Da politische Parteien, die noch nicht im Parlament vertreten sind, nur dann an den Parlamentswahlen teilnehmen können, wenn sie in wenigstens 20 Provinzen organisiert sind, wird die Teilnahme der TIP an den kommenden Wahlen vom Erfolg ihrer Organisationskampagne abhängen. Nach ersten Schätzungen hat die TIP bereits die in dem neuen Gesetz vorgesehene Grenze überschritten, so daß sie an den kommenden Wahlen teilnehmen können wird.

Über Einzelheiten des Parteitages werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

FEIER ZUM 12. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER DISK

ISTANBUL (ITA) - Am 13. Februar 1979 beging der Verband fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK) unter Teilnahme von Vertretern chilenischer Gewerkschaften und der chilenischen Unidad Popular sowie anderer internationaler Organisationen den 12. Jahrestag seiner Gründung.

Der Vorsitzende Abdullah Bastürk bekräftigte in einer Rede den Willen der fortschrittlichen Gewerkschaften, die Demokratie zu verteidigen und alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorhaben imperialistischer Kreise zu bekämpfen. Er kritisierte die sozialdemokratische Regierung Ecevit, weil sie ihr Versprechen nicht hält, die Verbindungen mit den imperialistischen Mächten zu lösen und faschistische Elemente aus dem Staatsapparat zu entfernen. Er warf der Regierung vor, ein Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Großkapital zu verfolgen.

Die DISK war 1967 gegründet worden als Reaktion gegen die Klassenkollaborationspolitik der Konföderation Türkischer Gewerkschaften (Türk-Is), die seit jeher unter dem Einfluß der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung stand. Aufgrund der sich verschärfenden Klassengegensätze und des wachsenden Klassenbewußtseins der Arbeitermassen gewann die DISK in sehr kurzer Zeit entscheidenden Einfluß besonders bei Arbeitern in der Privatwirtschaft; sie hat inzwischen über 1 Million Mitglieder.

Da die Türk-Is bereits dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angehört, blieb die DISK unabhängig; sie hat jedoch kürzlich die Aufnahme in den Europäischen Gewerkschaftsbund beantragt.

(DISK-M-C-DG-15/2)

FOLGENDE INFORMATIONEN ÜBER DIE TÜRKEI SIND ERHÄLTlich ÜBER

INFO-TÜRK AGENTUR

Postfach 10 06 30 - 4220 Dinslaken 1 - BRD

- Info-Türk Bulletin

Deutsch	Englisch	Französisch	Türkisch
---------	----------	-------------	----------

Jahresabonnement: 15,00 DM

- MASSAKER IN ANKARA - WARUM? - "Bericht und Hintergrund"

Eine illustrierte Broschüre über politische Gewalt der Türkei.
48 Seiten. Preis: 3,00 DM.

- TURKEY AND THE WORLD TODAY

Rede von Behice Boran, der Vorsitzenden der Arbeiterpartei der Türkei.
Nur in Englisch und Französisch erhältlich. Preis: 45 FB.

- MAPPE MIT POSTERN DES TÜRKISCHEN WIDERSTANDS

Preis: 6,00 DM

- LIEDER UND GEDICHTE

Zweisprachig, türkisch und französisch.
Preis: 30 FB

- TÜRKISCHE REVOLUTIONÄRE CHANSONS

Eine Langspielplatte mit Erklärungen in englischer und französischer Sprache.
Preis: 300,00 FB